

Kassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei amtlichen Postanstalten
jährlich Mk. 1.20. Bei freier Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redakteur: Guido Seidler in Biedrich.

Kassauisches Tagblatt. — Kassauische Zeitung. — Kassauischer Generalanzeiger. — Kassauische Neuzeit Nachrichten.

Anzeigenpreis: f. d. 6spalt. Colonizelle
od. deren Raum 15 Pfg., Reklamizelle 50 Pfg.
Redaktion und Expedition:
Biedrich a. Rh., Rathausstraße Nr. 16.
Telephon Nr. 41.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Amtl. Berichtigungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Rotations-Druck und Verlag der
Hofbuchdruckerei Guido Seidler, Biedrich

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breidenheim, Dalkenheim, Diedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Sölsheim, Straußenstein, Georgensborn, Hefloch, Jgstadt, Kloppenheim, Massenheim, Liebenbach, Nauro, Nordenstadt, Rumbach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weilbach, Wicker, Wildbach.

Nr. 133.

Donnerstag, den 7. November 1918

Druckkosten
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

18 Jahrgang.

Amlicher Teil.

Nr. 581.

In dem Stad 10675 des Königl. Preuß. Zentral-Polizeiblatts ist eine weitere Liste über die vom Königl. Polizeipräsidenten in Berlin als Schundliteratur bezeichneten Schriften nebst der Bekanntmachung desselben vom 15. Juni 1918 veröffentlicht. Wiesbaden, den 22. Oktober 1918.

Der Regierungspräsident.

Nr. 582.

Warenumschlagstempel.

Eine große Anzahl steuerpflichtiger Personen ist mit der Anmeldung und Entrichtung ihres Warenumschlagstempels für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli ds. Js. noch im Rückstande. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 21. August ds. Js. (veröffentlicht in Nr. 100 des Kassauischen Anzeigers vom 22. August ds. Js.) werden hiermit alle Säumigen nochmals an ihre Anmelde- und Zahlungspflicht erinnert. Wer der Aufforderung nicht bis zum 15. ds. Mts. nachkommt, wird bestraft.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, auf die vorstehende Bekanntmachung in geeigneter Weise noch einmal hinzuweisen. Wiesbaden, 4. November 1918.

Der Kreisaußschuß des Landkreises Wiesbaden
(Umschlagsteueramt).
gez. von Heimburg.

Nr. 583.

Eicheln- und Kastanienjammung.

Es ist festgestellt worden, daß Eicheln und Kastanien unbefugter Weise von Unberechtigten unter Ueberschreitung der Höchstpreise auf gekauft und im Wege des Schleichhandels an Viehhalter weiter veräußert werden. Dieses Vorgehen ist strafbar. Zum Ankauf dieser Früchte sind nur die amtlich bestellten Aufkäufer berechtigt. Jeder Handel damit ist verboten. Für den Landkreis Wiesbaden ist als Aufkäufer bestellt: C. Marx, Wiesbaden, Wöhrstr. 5. Es werden gezahlt:

für 100 Kg. schalenreine Eicheln 13.— M.

für 100 Kg. schalenreine Kastanien 10.— M.

Andem ich hierauf verweise, erlaube ich die Kreiseingesessenen, sich an dieser für die Heeres- und Volksernährung gleich wichtigen Sammlung nach Möglichkeit zu beteiligen und die gesammelten Mengen alsbald an die Sammelstelle in Wiesbaden abzuführen. Die Herren Vertrauensmänner für den Sammeldienst, die Herren Schulinspektoren sowie Gemeindevorstände erlaube ich, diese Sammelstätigkeit fördern zu helfen und mir Fälle unbefugten Handels gest. mitzuteilen.

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses:
von Heimburg.

Nr. 584.

18. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. III b. Tgb.-Nr. 22 656/5285.
Gouvernement der Festung Mainz.
Abt. III. Pol. Nr. 60 656/31 928.
Betr.: Verkehr von schweren Lastkraftwagen auf öffentlichen Straßen.

Verordnung.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimmen wir für den Befehlsbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

Den wegen der vorhandenen Transportschwierigkeiten vom Kriegsministerium für den Heimatverkehr zur Verfügung gestellten schweren Lastkraftwagen mit elektrischem Betrieb und Dampf-Lastwagen wird der Verkehr auf allen öffentlichen Wegen freigegeben.

Frankfurt a. M., Mainz, den 16. Oktober 1918.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.
Gouvernement der Festung Mainz.

Betrifft: Handel mit Schlachtpferden und Pferdefleisch.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 12. September ds. J. wird hierdurch veröffentlicht, daß der Pferdewerger Karl Capito in Biedrich, Waldstraße, zum Ankauf von Schlachtpferden, zum Betriebe des Roffschlächtereigewerbes und zum Handel mit Pferdefleisch widerruflich zugelassen worden ist.

Frankfurt a. M., den 26. Oktober 1918.

Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.
Der Vorsitzende.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 29. Oktober 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses:
von Heimburg.

3. Nr. II. Bl. 629/1.

Die Ablieferungen der Honigpflanzmengen durch die Imker an die Honigsammelstellen erfolgen vielerorts so ungenügend, daß die Versorgung der Bazarstelle, Krankenanstalten und dergleichen auch im bescheidensten Umfang gefährdet ist. Wenn auch die ungewöhnlich schlechte Honigernte hierbei mitwirkt, so entziehen sich doch nicht wenige Imker ihrer Ablieferungsspflicht, um den Honig anderweit zu erheblichen teureren Preisen zu verkaufen. Um dies nach Möglichkeit zu verhindern, soll denjenigen Imkern, die ihre Honigpflanzmenge nicht abliefern oder hieron nicht durch Entscheidung des Preussischen Landesamts für Gemüse und Obst (Honigerwertungsstelle) ganz oder teilweise befreit sind, der Bezug von Bienenzucker in diesem und erforderlichenfalls auch im nächsten Jahr gespart werden. Anträge auf Ermäßigung der Pflanzabgabe sind durch Vermittlung des Imkervereins, dem der Imker angehört, mit dessen amtlicher Weisung an die Honigerwertungsstelle des Preuss. Landesamts, Berlin W. 57, Potsdamerstr. 75, einzureichen. Die Anträge haben vor allem die Anzahl der Bienenvölker, für die Zucker empfangen ist, und eine Angabe über die Menge des geernteten Honigs zu enthalten. Anträge von Imkern, die keinem Verein angehören, sind durch Vermittlung des Kommunalverbandes mit einer Weisung darüber, ob die Angaben zutreffen, einzureichen.

Wiesbaden, den 11. Oktober 1918.

Der Königliche Landrat.

Nichtamtlicher Teil.

Ein Aufruf der Reichsregierung an das Volk.

Von Berlin, 4. November.

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht: Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet.

Der Reichstanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages und damit des Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksoverteilung übertragen worden. Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages. Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichstanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Reuegaltung kann ihre betrieblende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie unsere willigen Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Unterstützung der öffentlichen Meinung durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier schweren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Mühsal und Anstrengung in einem Augenblick und in Berberben hinarbeit lassen. Geduld und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines dauerhaften Friedens auf dem schwarzen Gefährden. Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen einen ehrlichen und wollen ihn auch. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen.

Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen muß durch Abführung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem anderen Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden. Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Menneschheit haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingesetzten Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung sowie aller Lebensverhältnisse einstellen. Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe, Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unerlässlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Ziel.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichstanzler Max Pring von Baden, der Stellvertreter des Reichstanzlers von Payer, der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Rüdern, Dr. v. Krause, Rübín, v. Waldow, Frhr. v. Stein, Scheibemann, Gröber, Erbsberger, Hausmann, Bauer, Trimbom, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann, der Reichsminister Scheid.

Vom geistigen Wiederaufbau Deutschlands.

Von Oberpräsident v. Batsch-Königsberg.

Fester Wille und feste Herzen und womöglich abermals verdoppelte opferwillige Hingabe an das Vaterland muß heute mehr als je die Parole sein. Feste Zuversicht soll uns erfüllen, daß wir dem Ansturm der Gegner weiter standhalten bis zu einem unsere Freiheit und Ehre währenden Frieden. Zuversicht auch, daß die erfolgte grundlegende Neuordnung unserer inneren Verhältnisse unserem Vaterland zum Segen gereichen wird. Keiner, auch wenn die Entwicklung nicht paßt, darf schmökend beiseite stehen. Keiner darf sich genügen lassen mit verneinender Kritik des Geschehenen, mit der Hervorhebung der Fehler, die auf allen Seiten gemacht sind und deren mühsige Erörterung nur die Gefährdung gefährdet, die wir so bitter nötig haben. Jeder einzelne soll sich mit beiden Füßen fest auf den Boden der Tatsachen stellen und im Sinne der Befehle sich rüsten, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Der äußere Aufbau unseres zerstört gewordenen Ostpreußens, der nach dem Kaiserwort neues Leben aus den Ruinen hat erstehen lassen, sollte gerade uns in der äußersten deutschen Ostmark, die so viel gelitten hat und für die so besonders viel auf dem Spiele steht, ein Symbol sein der Entschlossenheit und der Lastrakt in vaterländischem Wirken. Den Wiederaufbau seines in den Grundfesten erschütterten Wirtschaftslebens muß das deutsche Volk, wenn die Zeit kommt, mit gleicher Lastrakt, Entschlossenheit und Geschlossenheit angreifen, wie wir Ostpreußen es im Kleinen vorbildlich getan haben, wenn nicht das gesamte Volk. Arbeiter wie Unternehmer, in wirtschaftliches Glied kommen sollen. Wenn voran muß aber stehen der Wiederaufbau der Seelen und des Geistes unseres Volkes, an dem so manches zerstört ist, zu schönerer, herrlicherer Blüte.

Vergessen wir nicht, wie Unvergleichliches, fast Uebermenschliches unser deutsches Volk in den Jahren des Krieges an der Front und in der Heimat gegen eine Welt von Feinden geleistet und gelitten hat. Flammender werden mit Recht gebrannt, obwohl in der hinter uns liegenden Zeit so mancher als Flammender gegolten hat, der nichts anderes war als ein ruhiger Beurteiler der Dinge und ehrlicher Warner und Mahner. Das schlimmste Flammender aber, das uns zur Verzweiflung führen müßte, wäre der Zweifel an der inneren Tüchtigkeit und damit an der Zukunft des deutschen Volkes! Lassen wir uns in dieser Hinsicht unseren Optimismus nicht trüben, lassen wir uns nicht beirren und beunruhigen durch Zeichen scheinbaren Verfalles, wie sie jeder lange Krieg bei Feind und Freund mit sich bringt. Vergessen wir nicht, daß im Laufe der Geschichte Deutschlands, insbesondere auch unser Ostpreußen, gerade aus tieferer Not die Kraft zu höchsten vaterländischen Leistungen gezogen hat.

Die Jugend der Zukunft wird besser werden, wenn Väter und Lehrer von der Front heimgekehrt sein werden; Achtung vor dem Gesetz wird wieder zunehmen, wenn die schwerste Not des Krieges und der Kriegswirtschaft überwunden sein wird; der Rammonsdienst, das Kriegsgeminnertum, diese überlebensgefährliche Erscheinung jedes Krieges, werden bald zum letztenmal ihre Orgeln geblasen haben. Selbst an sich einwandfreier Vermögenszuwachs aus der Kriegskonjunktur wird angefaßt der Finanzlage des Reiches bei der kommenden Finanzordnung wohl im Steuerwege restlos der Allgemeinheit zufallen. Jeder anständige Deutsche müßte sich schämen, im Bedanken an die Not des Reiches und an seine für das Vaterland gefallene Lieben, wenn er nach dem Kriege nicht durch Opfer für die Allgemeinheit ärmer, sondern womöglich reicher besteben würde als vorher. So werden wir trotz der scheinbar übermächtigen wirtschaftlichen Kriegslast auch die Mittel finden, die zur geistigen und seelischen Entwicklung unseres Volkes nötig sind.

Gerade für Lehrer und Volkserzieher besteht, richtig betrachtet, Grund zu einem aus innerster Herzensüberzeugung kommenden hoffnungsvollen Optimismus. Denn neben allen Schäden hat der Krieg in einem Punkt eine grundlegende Umwandlung des öffentlichen Gemüts gebracht: der Mensch, der werdende wie der fertig entwickelte, steht nach den furchtbaren Verlusten an blühenden Menschenleben und Menschentrakt mehr und ausschließlicher als früher im Mittelpunkt aller Dinge.

In Deutschland stand es freilich schon vor dem Kriege damit besser als anderswo. Wie Deutschland, politisch betrachtet, für seinen Reichstag seit Jahrzehnten ein freieres Wahlrecht hatte, als z. B. England bis zum Kriege, so war Deutschland auch in der Fürsorge für die Menschen seit Jahrzehnten fast allen anderen Ländern voraus: in der sozialen Fürsorge — hat doch der jetzige Staatssekretär Scheidemann kurz vor dem Kriege nach einer Reise durch Nordamerika die unendliche Ueberlegenheit der sozialen Stellung der deutschen Arbeiter gegenüber den amerikanischen mit schärfsten Worten hervorgehoben — wie in der geistigen Fürsorge in unserm trag vieler Ränge den meisten andern Ländern weit überlegenem Volksbildungsweisen. Das Wort von dem deutschen Schullehrer, der den Krieg von 1870 habe gewinnen helfen, ist für den jetzigen Krieg doppelt wahr. Nur ein Volk mit wirklicher Herzens- und Geistesbildung konnte das Unvergleichliche und Uebermenschliche leisten, was unser Volk in Waffen und in der Heimat gegen eine Welt von Feinden geleistet hat.

Aber trotzdem sollen wir unsern Blick nicht vor den noch bestehenden großen Mängeln verschließen. Materialismus und Rammonismus bildeten auch bei uns bis zum Kriege ein Hemmnis zur Erreichung dessen, was jedem Volkserzieher als Ideal vorschweben mußte. Das ist aber anders geworden. Die Erkenntnis, daß gerade nach dem Gewaltigen, das unser Volk gelitten und an Volkskraft verloren, die Fürsorge für den Menschen weit mehr als früher in den Mittelpunkt aller öffentlichen Arbeit treten muß, bringt siegreich gegen Materialismus und Rammonismus vor.

So leuchtet gerade für denjenigen Volkserzieher, der nicht als Mißling, sondern mit vollem, warmem Herzen in seinem schweren, aber schönen Beruf steht, durch alle Trübsal der Stunde das Licht reicher Hoffnung hervor. Nicht im verzogenden Umblicken auf den schweren, bitteren Ernst unserer augenblicklichen Lage, sondern im Vorwärtsblicken, dem vertrauensvollen, sonnigen, optimistischen Vorwärtsblicken in die Zukunft unseres geliebten deutschen Volkes liegt die Forderung der Stunde! Die Schäden, die alten wie die in der Kriegsnot entstandenen, müssen abfallen. In strahlender Herrlichkeit muß die Seele des deutschen Volkes der feindlichen Welt, die uns vier Jahre lang mit Schmutz und Schimpf bedeckt hat, als leuchtendes Vorbild vor Augen stehen. Das sei unser Hochziel, dann werden die Opfer, die uns der Weltkrieg auferlegt hat, dann werden die schweren Enttäuschungen, die uns Deutschen nicht erpart gelieben sind und weiter wohl nicht erpart bleiben werden, nicht vergebens sein. Dann werden wir nach allem Leid mit Gottes Hilfe noch eine Zeit leben, von der wir sagen können:

Es ist eine Lust, als Deutscher zu leben!

Die Kriegslage.

Dank des Kaisers an das Westheer.

Von Berlin, 4. November. Dank des Kaisers an das Westheer.

In Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Bei meinem Wiedereintreffen im Großen Hauptquartier hat mir der Generalfeldmarschall v. Hindenburg erneut über die außerordentlichen Leistungen des Westheeres in den letzten Monaten Vortrag gehalten.

Allen Führern und Truppen spreche ich meine warme Anerkennung aus. Ich gedenke vor allem der Truppen an der Dife und Aisne, deren Tapferkeit die großen Pläne des Gegners bisher zu nichte machte. Ich hege die feste Zuversicht, daß die Heeresgruppe auch fernerhin ihre Pflicht tun wird.

Wilhelm I. R.

In die anderen Heeresgruppen des Westens hat der Kaiser ähnlich lautende Telegramme gerichtet.

Die Beute der Entente.

Basel. Havas meldet aus Paris: Die von den Alliierten seit dem 31. Oktober gemachte Beute umfaßt: Gefangene: 2472 Offiziere, 105 871 Mannschaften, 2064 Geschütze, 13 630 Maschinengewehre, 1193 Minenwerfer. Die von den Alliierten seit dem 15. Juli gemachte Gesamtbeute beträgt an Gefangenen: 7990 Offiziere, 364 365 Mannschaften, 6217 Geschütze, 38 622 Maschinengewehre, 3907 Minenwerfer.

Der Dienstag-Tagesbericht.

Abt. Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. November.
Westliche Kriegshauptstadt.

Zwischen der Scheide und Dije haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Km. breiten Front zu erzwingen. In schweren, bis in die Dunkelheit währenden Kämpfen gelang es uns, an fast zwei unterliegenden Truppen, den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sebourg-Wargnies-Le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht. Wargnies Le Petit, das vorübergehend in Feindes Hand fiel, nahmen wir wieder. Den bedrückten von Le Quesnoy vordringenden Angriff brachten wir südlich von Wargnies Le Petit und bei Jolimetz zum Stehen. Le Quesnoy durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde beschlagnahmt geräumt.

Der gegen den Wald von Mormae gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag dicht hinter unseren vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Dijle-Kanals abgewiesen. Am Nachmittag schickte der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes gingen wir den Stützpunkt östlich von Jolimetz, südlich des Waldes am Sambre-Dijle-Kanal auf. Der Kanalabschnitt östlich von Ors und Caillien wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet. Südlich von Caillien blieb der Feind in etwa 1-2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Wir brachten ihn an der Straße La Grosse-Dijle nördlich der Kampftruppen zum Stehen. Der der Kanalfront zwischen Jesso und nördöstlich von Estreux brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Estreux und der Dijle konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Nach hier gelang es ihm nicht, über unsere vorderste Stellung hinaus vorzudringen. Südlich der Dijle sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Sonne ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guise, bei La Herle und gegen Bois Le Vergon gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen.

An der Maasfront keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Chesne und Schminasse schickten Teilerlöse des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wieder wie beständige Angriffe der Amerikaner ab. Im Wald von Dierlet wiesen unsere Truppen stärkeren Angriffen beharrlich auf das östliche Massiv der Höhen von Stenay aus. Südlich von Dau wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluss zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas schickten starke Angriffe, westlich der Molel Teilerlöse der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister: G. R. N. E. Z.

Ein schwedischer General zur Kriegslage.

Abt. Stockholm, 4. November. Ein schwedischer General schreibt in der „Aps Dagbladet“ über die Kriegslage: Bei dem unerhörten Sturmangriff schienen besonders die Amerikaner eingeschlagen zu haben, das es unmöglich ist, den Gegner zu verdrängen. Betrachtet man die Lage, so ist offenbar, daß Marshall Foch seit Anfang Oktober nach einem arbeitsreichen Plan arbeitet, nämlich durch fröhliche Angriffe gegen beide Endpunkte die deutsche Stellung einzuklinken, die Deutschen wenn möglich, gefangen zu nehmen, ihnen also ein Sedan im großen Stile zu bereiten. Gleichzeitig war er bestrebt, die deutschen Stellungen an ihrem schwächsten Punkt zu durchbrechen, um durch Umfassung von beiden Seiten die Vernichtung zu bewerkstelligen. Keiner dieser Pläne ist ihm gelungen, aber besser gelang, beide Pläne misglückten ihm völlig. Die Deutschen wichen vor allem im Norden aus, soweit die Sicherheit es erforderlich machte, aber sie hielten zusammen und entblöhten ihre Flügel nicht. Ihre Gegner räumten sich ihre Köpfe an der neuen Mauer blutig und werden dies auch in Zukunft tun. Das Frontverhältnis scheint nahezu ausgeglichen zu sein. Es kann, je weiter es zum Winter geht, sogar umschlagen. Allen Ansehen nach ist die Stellung Deutschlands an der Westfront nicht mehr gefährdet, vielleicht sogar günstig.

Berlin, 4. November. Die Oesterreich-Ungarn auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind die Folge des Andriasschen Sonderbeschlusses, der Deutschland und Oesterreich-Ungarn auseinandersetzen hat und damit Oesterreich-Ungarn widerstandslos in die Hände seiner Feinde gab. — Die Regierung berät die Konsequenzen, die sich für Deutschland daraus ergeben können. Diese Erwägung kann in aller Ruhe erfolgen, weil die militärische Lage zu keinerlei Ueberhaltung Veranlassung gibt. Nach ihren eigenen Berichten rücken die Italiener nur ganz langsam der geschlagenen Oesterreich-Ungarnischen Armee nach. Wegen der Unordnung der Verkehrsverhältnisse, Verkehrsbeschwerden und großen Rohstoffmangels ist ein feindlicher Aufmarsch in Oesterreich so schnell nicht möglich. Dazu kommen die klimatischen Schwierigkeiten in den Alpen. Militärische Vorbereitungen Deutschlands sind getroffen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die einzelnen Oesterreich-Ungarn Nationalitäten zu den Bedingungen stellen. Am schwersten sind diese für die Südslawen.

Berlin, 4. November. Ueber die Lage unserer Truppen in osmanischen Reich berichtet der „Berliner Botenbote“: Soweit die deutschen Truppen in der europäischen Türkei in Betracht kommen, dürfte die Rückkehr in die Heimat auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr stoßen, da ein Teil von ihnen bereits vor Beginn der Sonderverhandlungen den türkischen Boden verlassen hatte und für den Rest die Vorbereitungen zum Abtransport bereits seit etwa zwei Wochen getroffen worden waren. Auch von den im Kaukasus stehenden Deutschen sind bereits beträchtliche Teile abtransportiert worden. Schwieriger gestaltet sich die Lage für unsere in Kleinasien tätigen Truppenteile. Zunächst kommt dabei in Betracht, daß diese nicht in geschlossenem Verbände Verwendung gefunden hatten, sondern, in zahlreiche Einzelverbände eingeteilt, weit auseinandergezogen waren. Bei den ungenügenden Bahn- und Straßenverhältnissen dürfte es nicht ganz leicht sein, diese aus Kleinasien noch rechtzeitig nach Konstantinopel zu schaffen. Man war außerdem genötigt, auf die militärische Lage Rücksicht zu nehmen, die schon aus dem einfachen Grunde, daß das Herausziehen der deutschen Abteilungen eine vollständige Störung auf den Eisenbahnen hervorgerufen haben würde, eine frühzeitige Maßnahme verbot. Wir haben aber auf dem Balkan gesehen, daß unsere Truppen auch den schwierigsten Anforderungen gewachsen sind, und aus diesem Grunde dürfen wir wohl hoffen, daß auch in diesem Falle deutsche Führung und deutsche Generale sich den Rückweg freimachen werden. In Mesopotamien sind keine deutschen Verbände mehr vorhanden.

Um den Frieden.

Abt. Berlin, 5. November. An den Gerüchten, die feindlichen Waffenstillstandsbedingungen seien bereits an die deutsche Regierung gelangt, würden aber der Öffentlichkeit noch vorenthalten, ist kein wahres Wort. Die Regierung hat bisher weder auf amtlichem noch auf anderem Wege von dem Inhalt dieser Bedingungen Kenntnis erhalten.

Abt. London, 5. November. Reuter. In Beantwortung einer Anfrage über den Rat in Versailles sagte Bonor Raw: Ich kann eine sehr baldige Bekanntgabe der Bedingungen nicht in Aussicht stellen, die zuvörderst den Vereinigten Staaten mitgeteilt werden müssen. Ich glaube nicht, daß ich etwas sagen kann, bevor sie auch der deutschen Regierung bekannt sind.

Bugano. Nach einer Meldung der Londoner „Times“ aus New York hat Wilson beschloffen, persönlich auf der Friedenskonferenz zu erscheinen.

Roosevelts Gewaltfrieden.

Christiana. „Ardens Gang“ schreibt zu dem Aufruf Roosevelts und Laits gegen Wilson: Eine zweite Gefahr bedroht jetzt den Frieden und damit das zukünftige Glück der Welt: neben dem Bolschewismus ein etwaiger Sieg der Republikaner in Amerika, wo der postere Großsprecher Roosevelt, ein Roboterstreifer, sich nicht scheut, zusammen mit dem gutwilligen Laite eine Agitation für einen Gewaltfrieden zu treiben, um Wilsons Friedenswerk in

Gestalt des Völkereidgedankens und die Hoffnung der ganzen Welt auf ein glücklicheres Zeitalter zunichte zu machen.

Einigung der Alliierten.

London. Im Unterhause teilte Lord George mit, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson erlucht haben, er möge Deutschland mitteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen, über die sich die Alliierten geeinigt haben, hören wolle, in üblicher Weise an den Marshall Foch wenden müsse.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Friedensbedingungen Nordchiffes.

Abt. Berlin, 4. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu dem „Times“-Artikel von Lord Northcliffe, in dem Northcliffe „seine Friedensbedingungen“ an Deutschland mitteilt:

Die Ausführungen von Lord Northcliffe sind von besonderem Interesse, nicht zuletzt, weil sie zeigen, daß die Entwicklung der letzten vier Wochen selbst einen Mann wie ihn, der seit Jahren das Deutsche Reich und das deutsche Volk in der öffentlichen Meinung Englands und der Welt herabgesetzt hat, zu einer Veränderung seiner Anschauungen veranlaßt. Aber wir möchten doch betonen, daß diese Umwandlung noch nicht soweit fortgeschritten ist, als die Umstände es wünschenswert erscheinen lassen. — Lord Northcliffe behauptet, es könne keine Rede von der „Ehre des deutschen Volkes“ oder von irgend einer eingebildeten, strategischen oder tatsächlichen Stärke der Mittelmächte sein. Er tritt sich. Es kann und wird von der Ehre des deutschen Volkes die Rede sein, umso mehr, als dieses Volk sich in einem über vier Jahre währenden Kampf gegen eine ungeheure Uebermacht seine Waffenehre ruhmvoll bewahrt hat. Ebenso werden die Bedingungen von der strategischen Lage und der tatsächlichen Stärke der deutschen Armeen abhängen, die deswegen noch nicht geschlagen ist, weil die ihr gegenüber stehenden Streitkräfte sich in der Ueberzahl befinden. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die besetzten Gebiete zu räumen und ihre Truppen zurückzuziehen. Sie hat die 14 Punkte des Präsidenten Wilson angenommen. Sie hat, um eine Störung der Verhandlungen durch unerwartete Zwischenfälle zu verhindern, den Unterseebootskrieg eingestellt und schließlich in Vollendung umfassender und grundlegender Verfassungsreformen die militärische Kommandogewalt in die Hände einer dem Volk verantwortlichen Regierung gelegt. Für den Gegner, dem es ernsthaft um die Herbeiführung eines dem Programm des Präsidenten Wilson entsprechenden ehrlichen und gerechten Friedens zu tun ist, sind hierin vollkommen ausreichende militärische und politische Garantien gegen die Wiederaufnahme des Krieges durch Deutschland enthalten. Die deutsche Regierung wird sich bereit finden, Bedingungen für einen Waffenstillstand anzunehmen, der die Durchführung eines Friedens der Gerechtigkeit einleitet, nicht aber Bedingungen, die die Verwirklichung eines derartigen Friedens gefährden, indem sie die praktischen Einzelheiten der Anwendung der 14 Punkte bedingungslos in die Hände einer der beteiligten kriegführenden Mächte legen. Dadurch würde gerade eine Gefahr heraufbeschworen werden, die im Interesse der Menschheit vermieden werden muß, daß nämlich der Friedensgedanke gefährdet und eine ruhige und gesicherte Zukunft der Welt in absehbarer Zeit wieder in Frage gestellt werde. — Die Befürchtung einer derartigen Gefahr ist umso berechtigter, als es der deutschen Regierung bis heute noch nicht bekannt ist, ob die mit dem Präsidenten Wilson assoziierten Regierungen sich gleichfalls auf den Boden seines Programms gestellt haben.

Ruinen.

Einer Aufschrift aus dem Felde entnimmt die Köln. Ztg.: Die neuesten Zeitungen melden aus Paris, eine Kommission im Ministerium des Reichens befaßt sich mit der Feststellung des zu fordern Schadenersatzes für die Verwüstungen in den bisher befreiten Gebieten. Man könne mit einer Gesamtforderung von rund 20 Milliarden Franken rechnen. Wir befreiten nicht nur unsere Verpflichtung zum Schadenersatz für die Verwüstungen auf feindlichem Boden, sondern wir behaupten das Recht zu Schadenersatzforderungen für die Verwüstungen auf eigenem Boden? Auf eigenem Boden? Jawohl, auf deutschem Boden, von Rütshausen bis Lüttich, von Ales bis Raibort! Man ist frohlich gewohnt, Verwüstungen, nach dem Urbild des Begriffs, als sichtbare Wüsteneien aufzufassen, die sich darbieten, nachdem die Wälder der Zerstörung über eine Landschaft hingewollt ist. Von dieser Art der Verwüstung ist allerdings der deutsche Boden, dank unseren Siegen vom Jahre 1914, größtenteils verschont geblieben. Dagegen hat englischer Völkereidbruch von Kriegsbeginn an eine andere Wälder der Zerstörung nun vier Jahre lang und quer über Deutschland hin und her gezogen: die des Hungers und der Entbehrung! Wenn wir dennoch nicht verhungert sind, so ist das keineswegs die Folge englischer Menschlichkeit, sondern ganz allein der Erfolg deutscher Kraft zu organisiertem Widerstand. Über gehungert haben wir (mit Unterschied) und schwer erlitten! Die Mütter mit ihren Kindern haben ein fasses, unscheinbares, fürchterliches Heldentum beweisen müssen. Die Kriegsurie in arauer Gestalt hat sich an jeden hässlichen Hied gefügt, und von ihrem Blick sind die Wangen verbläht, die Sehnen verknüppelt, die Nerven verrottenet. So wurde jedes Haus zum Scharstiefel und die Bewohner wurden zu lebendigen Ruinen. Wer baut sie wieder auf? Viele Tausende starben, schlecht genährt und schlecht gepflegt, dem Tod eine leichte Beute. Hunderttausende schleppten ihre Lage dahin mit hoffnungslos verwitterter Gesundheit. Millionen von Kindern, die Saat für die nächsten Generationen, tragen die Folgen mangelhafter körperlicher Entwicklung in Deutschlands Zukunft hinein, und ein wahrscheinlich starker Prozentsatz von Rütshausen kann oder darf auf lange Zeit oder für immer dem Vaterlande keine Kinder identen. Auf! Schickt eine medizinische Kommission durch die 65 Millionen Deutscher hindurch und laßt die „Verwüstungen“ feststellen, die die „militärischen Notwendigkeiten“ angerichtet haben! Rechnet aus, wie viele Lebensmittel der Verband umsonst zur Verfügung stellen muß, bis die noch aufbaufähigen lebendigen Ruinen wieder Ansehen bekommen! Berechnet den Schadenersatz für die ausfallenden Arbeitswerte, wenn alle Erholungsbedürftigen auf Boden, Monate und Jahre hinaus der Wiederherstellung ihrer Gesundheit leben dürfen. Ob 20 Milliarden Franken ausreichen?

Kleine Mitteilungen.

Der Kaiser wollte am Montag bei den kampfbewährten Divisionen der Flanierenfront und wurde von den Truppen überall begeistert begrüßt.

Roblenz. Der Generalquartiermeister weist in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz darauf hin, daß die augenblickliche Kriegslage keinen Grund zur Beunruhigung für die Bevölkerung der Rheinprovinz bietet. Die von militärischer Seite eingeleiteten Erkundungen bezwecken lediglich, die Möglichkeit der Unterbringung militärischer Einrichtungen für den Fall zu prüfen, daß es zu einem Waffenstillstande und zur Räumung der besetzten Gebiete im Westen kommen sollte, wodurch naturgemäß wenigstens eine vorübergehende stärkere Belegung der westlichen Grenzgebiete bedingt werden würde.

Der Fliegerangriff auf Wiesbaden. Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet die folgende Meldung: Mit besonderer Entrüstung ist im ganzen deutschen Volk die Meldung von dem nächsten Fliegerangriff auf Wiesbaden aufgenommen worden, die vor einigen Tagen durch die deutsche Presse ans. Dieses Vorhaben der berühmten englischen unabhängigen Luftstreitkräfte, die wohl auch diesen Angriff ausgeführt haben dürften, verdient wirklich ganz besonders festgehalten zu werden. Es ist allgemein, auch den Kreisen unseres Volkes die Augen zu öffnen, die bisher den blauen Dunst der englischen Humanitätshetzelei noch nicht zu durchdringen und den wahren Charakter unseres erbitterten Feindes noch nicht zu erkennen vermocht haben. Die Hine, daß die Angreifer in Wiesbaden ein militärisches Ziel gesucht hätten, wird wohl selbst England nicht aufzuspüren wagen. Die sonst von ihm so beliebte Erklärung einer großen Munitionsfabrik, durch die so manchem Bombenwurf auf harmlose Frauen und Kinder das Mäntelchen der militärischen Berechtigung umgehoben wurde, wäre für diese Krankenstadt auch zu plump. So wird hier also England entweder zugeben müssen, daß seine Geschwader bewußt in zweimaligem Angriff eine deutsche Stadt, die Tausenden von Verwundeten und Franken als Stelle der Stellung dient, mit Bomben angegriffen haben oder es wird seine Fliegergeschwader durch das Eingeständnis bloßstellen

müssen, sie hätten dertart die Orientierung verloren, daß sie überhaupt nicht wußten, wo sie sich befänden. Dann haben sie in vollkommener Mißachtung aller Regeln des Völkereids wahllos ihre Bomben auf eine unbekannte deutsche Stadt geschleudert. Immer aber wird für Deutschland dieses nutzlose Vorhaben der englischen Luftstreitkräfte ein unüberleglicher Beweis sein, auf welcher Seite in Wahrheit die Schänder des Völkereids in diesem Kriege zu suchen sind.

Die Gefangenenbehandlung in Frankreich.

Abt. Berlin, 5. November. Nach zuverlässigen Meldungen wird das Verhalten der Franzosen gegenüber den neu gemachten deutschen Kriegsgefangenen immer bössriger und grausamer, obwohl Frankreich sich in den Berner Vereinbarungen zu menschlicher Behandlung der Kriegsgefangenen verpflichtet. So werden noch immer die Deutschen bei ihrer Gefangennahme beraubt und verbleiben zunächst mehrere Wochen im Elappongebiet, wo sie unter freiem Himmel liegen und keinerlei Fürsorge erfahren. — Gegen diese nichtswürdigen Verletzungen des Völkereids wurde sofort energisch protestiert. Ferner ist die schweizerische Gesandtschaft in Paris ersucht worden, die Verhältnisse in den Stützpunktlagern sofort durch Delegierte prüfen zu lassen und bei der französischen Regierung nachdrücklich auf Abhilfe zu dringen.

Ungeblühe deutsche Greuel in Bulgarien.

Abt. Berlin, 6. November. Das System der Northcliffe-Presse ist im allgemeinen zu bekannt, als daß es überraschen könnte, wenn jetzt auch allerlei Vorgänge in Bulgarien zu „deutschen Greueln“ gegen die früheren Verbündeten umgeprägt werden, wenn unseren Soldaten die Beraubung bulgarischer Offiziere und Robeiten gegen bulgarische Vermundete und dergleichen vorgeworfen werden. Demgegenüber sei auf die deutsche Antwort an Wilson verwiesen, in welcher u. a. ausdrücklich Barmherzigkeit gegen den Vorwurf ungezügelter und unmenschlicher Handlungen deutscher Soldaten eingeleitet wurde. Was für die deutschen Soldaten im Westen gilt, gilt natürlich auch für die im Osten. Besonders der erhobene Vorwurf, deutsche Truppen hätten einen bulgarischen Vermundetentransport aufgehalten, die verwundeten bulgarischen Soldaten auf der Strecke liegen lassen und deren Nähe eingenommen, hat sich als völlig erlogen herausgestellt. — In der gegnerischen Presse ist darauf hingewiesen worden, daß viele französische Offiziere in Bulgarien deutschen Soldaten begeben sind, ohne irgendwelche Belästigungen zu erfahren. Wie möchten freige, ob im umgekehrten Falle wohl französische Soldaten das gleiche Tatgefühl und die gleiche Zurückhaltung an den Tag gelegt haben würden?

Giesberts zur politischen Lage und Neuordnung.

Essen, 3. November. In einer Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der Zentrumspartei beschloß sich Unterstaatssekretär Giesberts mit den Verhandlungen über einen Waffenstillstand und den Frieden auf der Grundlage der bekannten 14 Punkte und mit der politischen Neuorientierung in Deutschland. Er betonte, daß wenn heute die deutsche Armee ermattet sei, dies kein Zustand sei, dessen wir uns zu schämen hätten. Wir müßten uns abfinden, daß wir nicht als glänzenden Sieger aus dem Kriege hervorgehen, wie wir das geträumt haben. Wir müssen auch unangenehme Tatsachen klar ins Auge sehen. Wenn uns allerdings Wilson einen Frieden auferlegte, wie ihn die Entente wünschte, dann würde Deutschland eine solche Demütigung nicht dauernd ertragen. Der Redner ist aber der Ansicht, daß Amerika einen solchen Verrat nicht auf sich nehmen wird. Giesberts mahnte, Mut und Kraft nicht zu verlieren, wie es auch kommen möge. Er erging sich dann im einzelnen über die Umgestaltung Deutschlands zu einem Volksstaate und beleuchtete dabei das Verhalten des Zentrums. Von einer Abdankung des Kaisers will Giesberts nichts wissen. In dieser Beziehung müsse es heißen: Bis hierher und nicht weiter! Gegen den bolschewistischen Gedanken in den Arbeiterkreisen sprach sich Redner mit großer Schärfe aus. Schließlich berührte er noch die Notwendigkeit von Maßnahmen für die Lebensorganszeit und schloß mit einem hoffnungsvollen Blick in Deutschlands Zukunft nach dem Kriege.

Ein Aufsatz des Fürsten Bülow.

Abt. Berlin, 4. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an leitender Stelle einen Aufsatz des Fürsten Bülow über die Kaiserfrage, in dem es heißt: Der Heidenmut ohne gleichen, mit dem unser Volk während mehr als vier Jahren draußen an der Front dem Feinde die Seiten geboten und frommweise sein Blut vergossen hat, die ebenso unerschrockene Hingebung, mit der es in der Heimat aller Opfer, Leiden und Entbehrungen des Krieges auf sich genommen hat, geben ihm ein volles Anrecht auf die Erfüllung von Forderungen, wie dieser Krieg sie an uns alle stellt, an die Reichsregierung und an die Einzelstaaten, an das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wie an den Kaiser. Die ersten Worte, in denen sich der Kaiser zur Neuordnung unseres staatlichen Lebens auf demokratischer Grundlage bekannt hat, zeigen, daß er die großen Gesetzmäßigkeiten dieser letzten Wochen in seinem inneren Fühlen und Denken miterlebt hat. Die Demokratisierung und Parlamentarisierung unseres öffentlichen Lebens wurden eine staatliche Notwendigkeit für uns. Der Kaiser hat sich dieser Einsicht nicht verschlossen. Niemand im deutschen Volk wird ihm das Zeugnis verweigern, daß er den Forderungen der neuen Zeit keine Schwierigkeiten bereitet hat. Der Kaiser hat den Entschluß, dem Volke zu geben, was des Volkes ist, in feierlicher Weise bekräftigt. Er hat mit seinem Schreiben an den Kaiser gezeigt, daß er gewillt ist, auf der von ihm im Einvernehmen mit der neuen Regierung geschaffenen Grundlage loyal fortzuarbeiten. Sein Wort muß so viel gelten, wie das jedes anderen deutschen Mannes. Ich weiß, daß Erwägungen sich geltend machen, die einer Abdankung des Kaisers das Wort reden. Ich achte jedermanns Ueberzeugung. Dieselbe Achtung aber kann für sich in Anspruch nehmen, wer der gegenteiligen Ansicht ist. Ich spreche nicht von Empfindungen, die mich als langjähriger treuer Diener der Monarchie erfüllen, ich denke in diesem Augenblick nur an die Nation, an die Gesamtheit des deutschen Volkes und an seine höchsten Lebensinteressen. Und die fordern, daß in dieser schweren Zeit nicht Haber und Zweifel in unser Volk getragen werden, das in seiner tausendjährigen Geschichte mit dem Kaiserthum und der Kaiseridee eng verwachsen ist. Die Nation hat in den letzten Wochen, in denen sie sich einen neuen tragfähigen Rahmen für ihr staatliches Leben schuf, einen hohen Grad von politischer Reife gezeigt. In diesem neuen Rahmen muß sich Deutschland nun einleben können. Ein demokratisiertes Kaiserthum, wie es jetzt vor uns steht, bietet für die Umgestaltung dieses Werdepromesses die sichere Gewähr. Ich habe einen großen, den größten Teil meines Lebens, im Auslande zugebracht. Sie dürfen mir, einem alten Kenner Europas glauben, daß es für Deutschland vorerst genug ist mit Veränderungen unseres staatlichen Aufbaus. Ich glaube, daß eine dertart klärende Entwicklung, wie sie durch die Abdankung des Kaisers eingeleitet wurde, noch vieles andere mit sich bringen würde. Ich frage Sie weiter: Welches wird der Eindruck auf die Armeen sein? Der Rahmen ist jedem deutschen Soldaten, vom Rüstler bis zum Feldmarschall, die unverrückbare Grundlage seines Treueverhältnisses zum Kaiser. Wie find in voller Disziplin in den Krieg gezogen; auch die Demobilisation muß sich im Geiste der gleichen unbedingten Disziplin vollziehen, wenn nicht unabsehbare Wirkungen eintreten sollen, die jeden deutschen Staatsbürger, er mag sich für oder gegen den Kaiser gestellt haben, gleich schwer treffen würden. Wo ist, frage ich, der äußerlich wahrnehmbare Anlaß, wegen dessen wir die Einheit und Geschlossenheit unseres Volksganges auf eine dertart verhängnisvolle Belastungsprobe stellen sollten? Es machen sich Anschauungen geltend, die sich als Ausschlag einer bestimmten, selbstverständlich zu respektierenden politischen Ueberzeugung darstellen. Ich gebe das zu. Ich bin aber auch überzeugt, daß die verantwortlichen Vertreter dieser bestimmten politischen Richtung zu gute Patrioten sind, um ihre Sonderwünsche nicht zu Gunsten des Gesamtwohls zurückzustellen. Die Hingabe, mit der die Sozialdemokratie sich während dieses Krieges in den Dienst des Staatsganges stellt, bietet dafür die sichere Gewähr, daß sie, sobald sie erkennt, daß nicht ganz Deutschland in ihrem Lager ist, darauf verzichtet, mit der Erzwingung der Abdankung des Kaisers den Keim zu späteren unheilvollen Wirrungen in das deutsche Volk zu tragen. Was wir jetzt brauchen, ist Ruhe und straffe nationale Gesinnung. Alles, was den festen Halt dieser beiden Rettungsanker unseres staatlichen Lebens gefährden kann, muß zurückgestellt werden. Es darf keinen Partikularismus und keinen Separatismus geben. Deutschland gleicht einer Insel, die höher und höher steigende Wogen umbränden. Da gilt es, alle Energien und

alles Wollen einig und geschlossen zu halten. Halten wir uns an das bedeutungsvolle Wort des Kaisers: „Das Kaiseramt ist Dienst am Volk!“ Ich stand dem Kaiser neun Jahre als Berater zur Seite und glaube ihn genau zu kennen. Ich bin überzeugt, daß er es mit seinen Zusicherungen ehrlich meint, daß er mit ganzer Hingabe befreit sein wird, gemeinsam mit dem deutschen Volke an dem Werden der neuen Zeit zu arbeiten und gemeinsam mit ihm die schwere Last zu tragen, die die Vorsehung auf unsere Schultern legte. Ich kann diese meine Überzeugung um so freimütiger aussprechen, als ich den Kaiser seit meinem Rücktritt nur zweimal, dreimal höchstens, zuletzt vor zwei Jahren, gesehen habe. Mein Urteil ist also in keiner Weise beeinflusst. Es ist lediglich bestimmt durch den aufrichtigen Wunsch, unserem Vaterlande zu dienen.

Königliche Schlösser als Lazarette.

Berlin, 4. November. Der Kaiser hat den Befehl gegeben, eine große Anzahl königlicher Schlösser und Gebäude in Lazarette umzuwandeln, um für die Verwundeten aus den besetzten Gebieten Unterkunft zu schaffen. In Berlin sind dafür das königliche Marschallgebäude, das Schloß Charlottenburg, in Potsdam das Schloß Cecilienhof, die Villa Finkensteine, die ganze Westseite der königlichen Orangerie und wahrscheinlich auch Räume des Stadtschlösses in Aussicht genommen, ferner noch Hosi- und Seitenkammern von Sanssouci. Außerdem werden noch andere Schlösser in Potsdam für die Belegung mit Verwundeten in Betracht gezogen. Ferner sind die königlichen Schlösser in Wiesbaden, Koblenz, Brühl und Homburg für den gleichen Zweck bereitgestellt worden. Im ganzen werden etwa 60 Schlösser und Hofgebäude der Verwundetenberbergung dienstbar gemacht.

Wilson und der Friede der Gerechtigkeit.

Seitdem Amerika in den Krieg gegen uns eingetreten ist, hat sich vielfach die Ansicht verbreitet, Präsident Wilson sei auch dem Bemühen um Frieden unserer Gegner beigetreten. Veranlassung zu dieser Auffassung gaben Worte von ihm, in denen er „Gewalt bis zum äußersten“ forderte. Sie ist aber irrig. Er stand bereits im Januar 1917 auf dem Boden seiner im Januar 1918 ausgesprochenen vierzehn Programmpunkte und hat noch bis in die letzte Zeit hinein häufig wiederholt, daß sein Streben einem Frieden der Gerechtigkeit diene; die von ihm geforderte „Gewalt bis zum äußersten“ galt dem System, das nach seiner Auffassung nicht die Garantie für einen dauernden und gerechten Frieden bot. In Vorkriegszeiten und nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten hat er mehrfach das ausschlaggebende Wort gesprochen. Für ihn liegt der Schwerpunkt der ganzen Friedensfrage in der Vermeidung späterer Kriege, die sich ihm als erreichbar darstellten in einem Völkerbündnis, dessen Grundlage Gleichberechtigung aller Völker und somit Gerechtigkeit beim Abschluß des jetzigen Weltkrieges sein muß.

In seiner Rede vom 29. September 1918 in New York fordert er: „Die unparteiliche Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung mit sich bringen. . . Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstrufungen, sondern nur gleiche Rechte für alle beteiligten Völker.“

Ebenso betont er die von ihm geforderte Gerechtigkeit in einer Ansprache im Kongreß am 11. Februar dieses Jahres: „Was wir erlangen wollen, ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf den wichtigsten und umfassendsten Grundfragen von Recht und Gerechtigkeit. . . Was wir suchen, ist ein Friede, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrecht erhalten können, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig und ein Akt der Gerechtigkeit ist. Wir glauben, daß unter Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in der die Vernunft, die Gerechtigkeit und das allgemeine Menschheitsinteresse regieren, das Verlangen der aufgeklärten Menschheit überall ist.“

Ganz besonders beschäftigt sich Wilson in seiner Rede vom 8. Januar 1918, in der er auch die bekannten vierzehn Programmpunkte aufzählte, mit dem Grundgedanken der Gerechtigkeit.

„Wir verlangen nur, daß das Leben in der Welt würdig und sicher gemacht werde, insbesondere für jede friedliebende Nation, die . . . von Seiten anderer Völker der Welt der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht der Gewalt und selbstlicher Angriffslust gewärtig sein möchte. . . Wir wollen Deutschland weder mit den Waffen, noch durch feindselige Handelsabkommen bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Völkern der Welt zu Verständigungen über Recht und Gerechtigkeit . . . zu einigen. Wir wünschen ihm nur einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt, nicht einen Herrscherplatz. . . Durch das ganze von mir gekennzeichnete Programm läuft ein klar ersichtlicher Grundgedanke: Es ist der Grundgedanke der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten und ihr Recht auf gleiche Bedingungen der Freiheit und Sicherheit, seien sie stark oder schwach. Ehe nicht dieser Grundgedanke das Fundament geworden ist, kann kein Teil des Aufbaues internationaler Gerechtigkeit standhalten.“

In einer Ansprache an den Kongreß vom 5. Dezember 1917 sprach Wilson über den Preis, der für den Frieden ohne Kurven gezahlt werden müsse, und sagte:

„Wir wissen, was dieser Preis sein wird: es wird volle, unparteiliche Gerechtigkeit sein — Gerechtigkeit bezüglich jeder Frage und jeder Nation, auf die sich die schließliche Auseinandersetzung beziehen muß.“

Das alles sind Worte Wilsons, in denen er einen Frieden der Gerechtigkeit fordert, bereits nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Im Januar 1917 hatte er eine Friedensbotschaft an den amerikanischen Senat erlassen, die sich mit unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und den dadurch in der ganzen Welt aufgeworfenen Fragen beschäftigte. Die bisher angeführten Worte lassen sich deutlich als Wiederholungen und Weiterführungen seiner in dieser Friedensbotschaft niedergelegten Ansichten erkennen. Auch hier hat er schon betont, daß es „ein Friede werden muß, ohne Sieg.“

„Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben, nur ein Friede, dessen Grundprinzip die Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft an dem gemeinsamen Nutzen ist. Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein.“

Auch beim Beginn seiner zweiten Präsidentschaftsperiode am 6. März 1917, ebenfalls nach dem Ausbruch des Krieges zwischen uns und Amerika, betonte er, daß „alle Nationen gleiches Interesse an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens“ haben müßten.

Aus alledem geht hervor, daß der Wilsonsche Grundgedanke, einen Frieden der Gerechtigkeit herbeizuführen, bereits zur Zeit der amerikanischen Neutralität bestanden hat und bis auf den heutigen Tag fortentwikkelt worden ist. Ob die Alliierten es ihm ermöglichen werden, einen solchen Frieden tatsächlich herbeizuführen, ist eine andere Frage und wird sich in Kürze entscheiden. Wir haben uns seinen Anschauungen und Forderungen respektlos angeschlossen; an uns kann somit nicht mehr die Schuld liegen, falls ein Friede der Gerechtigkeit nicht erreicht werden sollte und das fürchterliche Blutvergießen weitergehen müßte.

Tages-Rundschau.

Wechsel im Reichswirtschaftsamt.

Berlin. Es steht ein Wechsel im Staatssekretariat des Reichswirtschaftsamtes nahe bevor. Staatssekretär Frhr. v. Stein ist amtsübrig. — Verschiedentlich aufgetauchte Nachrichten von einem Wechsel in der Leitung der Reichsbefehlshaberstelle sind verfrüht. Geheimrat Dr. Beutler beabsichtigt nicht, in den nächsten Tagen von seinem Amte zu scheiden, sondern er wird aus Gesundheitsrücksichten erst Ende des Jahres seinen Posten aufgeben.

Bedauerliche Vorgänge in Kiel.

Kiel, 4. November. Ueber bedauerliche Vorgänge, die sich am Sonntag in Kiel ereigneten, erstattet die „Kieler Zeitung“ heute einen Bericht, dem zu entnehmen ist, daß gestern nachmittags auf dem großen Freizeitsplatz eine Versammlung abgehalten wurde, an der zahlreiche Marinemannschaften und Arbeiter beteiligt waren. Ein Führer der Unabhängigen hielt eine Ansprache. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf dem Wege zur Stadt die Reize aus der Kaserne am der „Baldwiele“ aufnahm, darauf das Innere der Kaserne erheblich beschädigte und aus ihr eine Anzahl Waffen mitnahm. In der Stadt schlossen sich dem Zuge

viele Personen, unter ihnen zahlreiche Matrosen, an. Die Menge beabsichtigte nach der Militärarrestanten-Anstalt zu ziehen, um dort untergebracht Gefangene zu befreien, wurde jedoch an der Karl- und Brunswikerstraße durch Militär aufgehalten. Der beschuldigte Führer forderte die Menge zum Auseinandergehen auf. Allein die Masse drängte nachwärts und wich auch nicht zurück, als einige blinde Schüsse abgegeben wurden. Jetzt erfolgte der Befehl zum schärferen Schießen, dem bedauerlicherweise eine Anzahl Menschen zum Opfer fielen. Es gab acht Tote und 29 Verwundete. Dem Vorgehen nach sollen auch aus der Menge, während sie flüchtete, Schüsse gefallen sein.

Russische Umtriebe.

Moskau Berlin, 5. November. Am 4. November abends traf von Moskau kommend ein Kurier der geheimen diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Beim Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eine der Kisten durch Aufstoßen beschädigt, sodass die darin befindlichen Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum sofortigen Umsturz aufforderten. Auf Veranlassung der Bahnhörsbehörde wurde das gesamte Gepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum sicher gestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Unterbringung und weitere Behandlung des Angelegenheit zu ermöglichen.

Moskau Berlin, 5. November. Die deutsche Regierung verlangt von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer unaufgeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne findet. Die russische Regierung wurde erlucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen, ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Russland abberufen.

Oesterreich.

Wien, 4. November. Der „Abend“ schreibt: Aus militärischen Kreisen verlautet, daß die Ententetruppen, die zur Besetzung der zu räumenden Gebiete in Betracht kommen, im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Heeresleitung unsere Linien bereits an mehreren Stellen überschritten haben. Es ist ihnen gelungen, hinter die Front unserer Truppen, soweit sie noch nicht zurückgeflutet sind, zu kommen und einen Korridor zu ziehen. Damit wird die weitere Auflösung verhindert und ein langsamer, stoffweiser Abtransport ermöglicht. Die Italiener werden unsere Truppen in ihrem Machtbereich verpflegen.

Ungarn.

Budapest, 4. November. Der ungarische Kriegsminister erklärte bezüglich des abgeschlossenen Waffenstillstandes, daß die Demarkationslinie die ungarische Landesgrenze sein werde. Wahrscheinlich werden französische und englische Truppen nach Ungarn kommen. Sollten sie kommen, so kommen sie nicht als Feinde. Ihr Aufenthalt wird nur kurz sein. Keineswegs wird die Okkupation von langer Dauer sein. Die fremden Truppen kommen zu uns als Freunde, nicht als Sieger, denn nicht das ungarische Volk, sondern das verrottete Regierungssystem ist besiegt.

Die deutschen Balkan-Truppen.

Budapest, 4. November. Der Kriegsminister ordnete an, daß die durch Ungarn durchziehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungehindert weiter zu befördern sind.

Die tschecho-slowakische Republik.

Dr. Kramarich wird Präsident der tschecho-slowakischen Republik.

Rassauische Nachrichten.

Wiesbaden, 4. November. Zur Durchführung der Aufsicht über die Verdunkelungsmaßnahmen zieht der Polizeipräsident, da die polizeiliche Nachprüfung unzureichend ist, jetzt Bürger heran, die den Kontrolldienst ehrenamtlich versehen. Für die Folge wird den Einwohnern, die ihre Wohnungen ungenügend abblenden, Geldstrafen in Aussicht gestellt.

Kein Kriegswucher. Ein hiesiger Zigarrenhändler hat jemanden ein Ritzen Zigarren, die er selbst mit 30 Mark bezahlt hatte, zu 40 Mark verkauft. Weil die Angelegenheit diesen Profit von 10 Mark als einen übermäßigen im Sinne der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1918 ansah, ging ihm eine Strafverfügung über 100 Mark zu, das Schöffengericht aber erließ einen Freispruch auf Grund des Gutachtens zweier Sachverständigen, daß ein Bruttogewinn von 25 Proz. des Verkaufspreises im Zigarren-Handel als ein mäßiger angesehen werden müsse.

Kj. Mosenheim. In aller Stille begann am 1. November Pfarrer Wollschläger sein 25jähriges Dienstjubiläum. Am 1. November 1893 wurde er von Kuchern bei St. Goarshausen hierher als Pfarrverwalter versetzt und nach dem Tode des leiherrigen Inhabers der Pfarre, Pfarrer Dör, zum Pfarrer der hiesigen Kirchengemeinde gewählt, am 6. August 1895. Herr Pfarrer Wollschläger ist in diesen langen Jahren nicht nur seine Pflicht als Seelsorger, sondern erweiterte sich auch unvergängliches Lob in der Krankenpflege in der hiesigen Gemeinde und nicht selten war er die erste ausschlaggebende Hilfe eines Kranken. Auch der Jugendfürsorge schenkt er besondere Aufmerksamkeit. Möge es ihm noch lange vergönnt sein, seine Tätigkeit zum Wohle der Gemeinde einzusetzen zu können.

Höchst, 4. November. In den Farbwerken erkrankten im Laufe sechs Arbeiter beim Einfüllen von Chromaten an Gasvergiftung. Es wurde ermittelt, daß ein polnischer Arbeiter bei den Vorarbeiten zur Füllung der Chromaten in lehrlichster Weise mit falschen Dichtungeringen oder falschen Schrauben verfahren hatte. Das Schöffengericht erkannte gegen den lehrlichstinnigen Polen auf 100 Mark Geldstrafe.

Schneidhain i. L. Das etwas einsam gelegene Stationsgebäude wurde während einer kurzen Abwesenheit des Dienstleiters am hellen Mittag ausgeplündert. Dem Räuber fiel ein erheblicher Geldbetrag in die Finger.

Mainz, tödlicher Sturz beim Spielen. Die zehnjährige Schülerin Gerlach von Hirt spielte vor einigen Tagen an der steilen Treppe am Winterhofen. Hierbei stieß das Mädchen aus und stürzte kopfüber die Steinstufen hinab. Es zog sich einen schweren Schädelbruch zu, an dessen Folgen es bald darauf im städtischen Krankenhaus starb.

Wien. Sonntag nacht übernachteten im Hotel „Darmstädter Hof“ zwei Herren, einer in Uniform, der andere in Zivil. Als Montag früh der Hotelbesitzer nach den Gästen sah, waren sie ausgezogen und hatten sämtliche Bett- und Tischwäsche sowie die Gardinen aus drei Zimmern, nach den heutigen Preisen im Werte von über 1000 Mark, mitgenommen. Die Diebe haben den Frühzug nach Worms zur Abreise benutzt. Leider konnte der Hotelbesitzer, da er keinen telephonischen Anschluß bekam, nicht sofort die auswärtige Polizei von dem Diebstahl benachrichtigen.

Einer Mutter Liebe.

Roman von Hof. Schade-Haedtke. (8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

6.

Lisa hatte auf dem Fußboden in dem Schlafzimmer ihres neuen, eleganten Heimes in Berlin vor einer geöffneten Schieblade ein halbes Jahr war sie nun schon verheiratet. Manche Stürme waren über die junge Ehe dahingebraut, aber sie hatte sich an das neue Leben schon ziemlich gewöhnt. Nur manchmal übermannten sie die Sehnsucht und das Heimweh nach dem Vaterhaus. Dann suchte sie, wie heute, ihre kleinen Andenken hervor, welche die glückliche, sorglose Mädchenzeit, die hinter ihr lag, wieder vor ihre Augen zauberten. Und während sie ihre Gedanken rückwärts wandte, wühlte ihre Hände in dem wertvollen, heißen Sand, stand sie auf und nahm sie hervor, um sich an den alten, lieben Erinnerungen zu erfreuen. Wie weit das alles zurücklag! Damals hatte sie noch nicht ge-

ahnt, daß es im Leben auch trübe Stunden gab, daß nicht immer alles so leicht, so heiter zugeht.

Tränen verschleierten den Blick der jungen Frau. Sie hatte doch so heiße Sehnsucht, so brennendes Heimweh nach dem Paradies ihrer Jugend, nach dem lieben alten Häuschen, dem verwilderten Garten und auch nach Vater, Mutter und den Geschwistern. Warum wollte nur Erich immer noch nicht, daß sie einmal nach Hause reiste, um die Eltern zu besuchen?

Gewaltsam unterdrückte Lisa die Tränen.

Da horch! Wüßlich klopfte die Plüftung und schnelle gedämpfte Schritte wurden draußen auf dem Hofe hörbar.

Lisa lauschte einen Moment erschrocken auf und sprang denn schnell empor, einen verzweifelten Blick um sich werfend. Das waren doch Erichs Schritte! Wo kam er denn jetzt her? Es war doch kaum zwölf Uhr vorbei. Und sie war noch im Morgenrot, das Schwanzhaar in zwei herabhängende Zöpfe geflochten, wie sie es sich des Morgens, wo niemand weiter sie sah als die Mädchen, zuweilen gestaltete. Aber Erich konnte diese „Biederlichkeit“ auf den Tod nicht ausstehen. Wie gut nur, daß sie wenigstens nicht gewinkt hatte!

Sie stieß die Schieblade hastig zu und lauschte ängstlich auf die sich nach dem Speisezimmer verkerenden Schritte. Gemüht lächelte Erich sie dort und würde nun gleich hier hereinkommen. Erschrocken und hilflos starrte sie ihr Spiegelbild an und fuhr sich mit beiden Händen mechanisch über das etwas wirre Haar. Sie noch schnell umzufliehen, dazu blieb keine Zeit, denn schon kam Erich.

Ein Blick in Erichs Gesicht belehrte die junge Frau, daß er ausnahmsweise guter Laune war. Trotzdem zuckte es einen Moment unmutig um seinen Mund, als er Lisa erblickte. Schuldbewußt wie ein Kind, das aus einer Unart erlappt wird, blinnte sie zu Boden. Das entwarfne Lächeln. Seine gute Laune liege. Lachend ergriff er sie an einem ihrer langen Hängezöpfe und zog sie zu sich heran. Nun sieh einer diese Feine böse Frau! So befohl sie die Wünsche ihres Eheherrn, scherzte er. Das verdient Strafe! Und er küßte sie zwei-, dreimal auf den frischen roten Mund.

Solche Momente waren selten genug bei Erich, darum empfand Lisa dieselben doppeldeutig. Dann kam ihr ursprüngliches, frohes, kindliches Wesen zum Vorschein; sie gab sich, wie sie wirklich war.

Wie schön, daß Du so früh kommst! Und Du gehst doch nicht mehr fort? bettete sie.

Er verneinte und Lisa jubelte auf: O, das ist schön! Da wollen wir einmal lustig sein heute, weißt Du, ganz toll, wie die Kinder. Kommt, wir wollen überlegen, Irgendetwas müssen wir unternehmen heute, so etwas ganz Unerwartetes, ganz . . .

Erich lachte und schloß ihre Lippen wieder mit einem Kusse. Daran sprechen wir später. Aber was meinst Du, weshalb ich heute schon so früh komme? Das ist Dir wohl ganz gleichgültig, und doch habe ich eine frohe Ueberraschung für Dich. Rate einmal!

Ganz Narr vor freudigem Staunen sah sie ihn einen Moment an, dann brach sie los und schlug entzückt die Hände zusammen: Wahrscheinlich kommt Besuch: Paps oder Mama? Nicht? Dann vielleicht Ernst oder Thea.

Sie brach ab, denn Erichs Gesicht hatte seinen heiteren Ausdruck verloren; unmutig zog er die Augenbrauen zusammen.

Wilt es denn für Dich gar nichts anderes, was Dir Freude macht? Du mußt Dir doch endlich einmal darüber klar werden, daß Du jetzt zu mir gehörst und nicht mehr zu Deiner Familie.

O, sagte sie leise und betrübt, weiter nichts. Aber die Augenlider mit den langen, seidnen Wimpern hatten sich gesenkt und er sah, wie sie mit Tränen kämpfte. Einen Mißton wollte er jedoch nicht aufkommen lassen, jetzt in dieser Stunde, wo er so froh und gut gelaunt war. Er zog sie in seine Arme und sagte heiter: Also kurz und gut, meine Ernennung zum Landgerichtsrat ist heraus, ich euhre es heute schon unter der Hand. — Freut Dich das denn gar nicht? Denke einmal der stolze Titel: Frau Landgerichtsrat! Wie viele werden Dich darum beneiden!

Lisa zwang ein mattes Lächeln auf ihre Lippen, aber schon wieder bligte der Schall aus den noch tränenfeuchten Augen.

Reiz Du, da freue ich mich gar nicht. Da werde ich mich wohl noch würdevoller und freier zu benehmen haben, als so schon. Wie soll ich das nur fertig bringen! Da wirst Du Dich doch öfters über mich ärgern müssen, bis Du eingesehen haben wirst, daß alle Mühe vergebens ist und ich so bleiben muß, wie ich einmal bin.

Run war er wirklich ärgerlich. Schreff ließ er die Arme sinken und seine Stimme hatte den kalten, schulmeisterlichen Ton, den Lisa mehr als alles fürchtete und höhte und der stets ihren Trost, ihre Empörung erweckte.

Du weißt, Elisabeth, darin verstehe ich keinen Spaß. Du sollst dankbar sein, daß das Schicksal Dich auf einen bevorzugten Platz gestellt hat, als er Dir durch Deine Geburt zugewiesen wurde und mich nicht immer durch solche Bemerkungen reizen.

Als er sie „Elisabeth“ nannte, war sie zusammengesetzt. Das war ihr ein Beweis, daß er sehr erzürnt war. Trotzdem nahm sie die Zurückweisung nicht ruhig hin.

Das Schicksal? fragte sie spöttisch. Sag doch lieber: Deine Liebe und Güte! Christus hat mir das ja oft genug zu Gemüte geführt, und wenn ich es nicht einsehe, so ist es eben nur meine Dummheit, mein Trost.

Der schrille Ton der Flurglode unterbrach den Streit. Fast brutal umschloß Erich Lisas Handgelenk. Nimm Dich zusammen! Das wird Christine sein; ich habe sie heute zum Mittagessen eingeladen. Und vor allem, moß Toilette; es ist nicht nötig, daß Christine Dich noch im Morgenkleid findet um diese Zeit. Ohne ihre Antwort abzuwarten, überzeugte, daß sie nach seinem Wunsch handeln würde, verließ er das Schlafzimmer.

Lisa hatte die Lippen fest aufeinandergepreßt, und sah ihm mit einem feindseligen Blick nach. Ihre Augen glänzten dunkel, aber sie weinte nicht. Draußen hörte sie Christines heines, hohes Organ. Jetzt sprach Erich mit ihr; freundlich, verbindlich, so, als habe er nicht eben eine heilige Auseinandersetzung mit seiner Frau gehabt.

Bitte, hier herem, liebe Christine, Lisa wird sofort erscheinen. Sie möchte nur in der Küche noch einmal nachsehen, ob alles bereit ist für den lieben Gast. Sie freut sich ja so sehr über Deinen Besuch.

Aber ich bitte Dich, Erich, Lisa soll sich doch keine Umstände machen meinretwegen.

Weiter hörte Lisa nichts. Die beiden waren in den Sälen gegangen. Sonst, wenn die junge Frau einen Streit mit ihrem Manne gehabt hatte, was leider häufig genug vorkam, war sie in sich gegangen und hatte ihre Heftigkeit bereut. Heute aber war sie zu tief empört, vor allem über den Besuch Christines. Niemand konnte sich im Hause erlauben; freudiges oder Trauriges, wozu Erich nicht sofort Christine herbeigeht hätte, wenn sie nicht von selbst kam, und doch mußte er wissen, daß Lisa die spitzfindige Besserwisserin des alltäglichen Familien in heftiger Seele verhaßt war. Christine hatte solche bösen, überlegenen Art, jedes Verleihen der jungen Frau zu torrieren, daß Lisa dadurch bis aufs Blut gereizt wurde. Dieß sie sich dann wirklich einmal hinreißen, eine kurze, derbe Antwort zu geben, dann sah Fräulein Christine so unschuldig erstaunt aus, und tat so tief beleidigt, daß Erich sie nur mit größter Mühe veröhnen konnte, und stets stellte er sich auf Christines Seite; sie war für ihn das Ideal einer vornehmen Frau, so, wie sie sein soll. Und immer und immer wieder stellte er sie Lisa als Muster hin, dem nachzustreben sie sich bestreben müsse. In solchen Augenblicken hatte sie wirklich das Gefühl, ein Eindringling zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Bermischtes.

Abta Schweres Eisenbahnunglück bei Saarbrücken. Montag abend gegen 6 1/2 Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Bülbingen nach Buz in Brand. Der Zug wurde bei Kilometer 14,8 durch Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht, doch war ein Wägen des Wagens nicht mehr möglich, sodass der ganze Oberwagenkasten ausbrannte. Hierbei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden. Die weitere Untersuchung ist noch im Gange.

Schwelm. Von dem hiesigen perf. Lehrer Christian Doring wurde an Das Direktorium Friedr. Krupp A.-G. Oben folgende Anklage gerichtet: „Es wird in den Eisenbahnwagen transportiert, daß

unser Kaiser Wilhelm II. Mitteilhaber Ihrer K. G. sei und während des Krieges als Leihhaber große Summen verdient. Das hierüber sofort Klarheit geschaffen werden muß, ist gebieterische Forderung. Ich erlaube mir hierzu eine kurze Antwort von Ihnen zu erbitten." Hierauf lief folgende Antwort ein: „Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß es sich um ein leeres Gerücht handelt, das jeder Begründung entbehrt. An der von Ihnen anmaßlichen Behauptung ist kein wahres Wort.“

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Diebstahl.

Von amtlicher Stelle werden wir gebeten, auf die in heutiger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung betr. Waren-umsatzsteuer auch an dieser Stelle besonders hinzuweisen. Die künftigen Anmeldepflichtigen tun gut, das bislang Versäumte nachzuholen, da sie sich sonst Weitläufigkeiten und Bestrafungen aussetzen.

Kellerstopp. Die Wirtschaft auf dem Kellerstopp ist auch in den Wintermonaten Samstag nachmittags und den ganzen Sonntag geöffnet. Der Besuch dieses beliebten Aussichtsbereiches, 473 Meter ü. d. M., der von der Endstation der elektrischen Straßenbahn Sonnenberg in 1½ bzw. 1¼ Stunden auf angenehme, gut angelegten und deutlich mit Wegemarkierungszeichen (ab Randauch gelber und roter Strich und roter Punkt) verlaufenen Wegen bequem zu erreichen ist, kann nur empfohlen werden. In dem behaglich eingerichteten, gut erwärmten Berggasthaus läßt es sich gut rasten. Von der Plattform des vom Rhein- und Taunus-Klub Wiesbaden errichteten 18 Meter hohen steinernen Aussichtsturmes hat man eine herrliche und ausgedehnte Rund- und Fernsicht über den ganzen Taunus, den Rhein- und Rheingau. — Hallgarter Jange. Die Turm- und Wirtschaftsanlagen auf der Hallgarter Jange bleiben während der Wintermonate geschlossen. Gesellschaften, die beabsichtigen, die Hallgarter Jange, den herrlichsten Aussichtsbereich des Rheingaugebirges, 590 Meter ü. d. M., 500 Meter ü. d. Rhein, mit seinem vom Rhein- und Taunus-Klub Wiesbaden errichteten 18 Meter hohen steinernen Aussichtsturm zu besuchen, werden gebeten, rechtzeitig dem Vorstand des Rhein- und Taunus-Klub Wiesbaden E. B. (Herrn Gustav Vietor, Kleine Burgstr. 7, oder Herrn Ludwig Becker, Papierhandlung, Gr. Burgstr. 11) Mitteilung zu machen und wird alsdann veranlaßt, daß die Besucher Wirtschaft und Turm geöffnet finden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. November.

Auf eine mit etwa 100 000 Namen versehene pommerische Vertrauensumgebung an den Kaiser ist aus dem Geheimen Zivilkabinett folgende Antwort eingegangen: Der Kaiser und Königin hat die aus allen Teilen Pommerns stammende, mit etwa 100 000 Unterschriften versehene Kundgebung dem Herrn Reichskanzler zugehen lassen und mir befohlen, den treuen Pommern für das aus dem Eindruck des Erntes die Zeit hervorgeragene Bekenntnis treuer Anhänglichkeit und heißer Vaterlandsliebe warmen Dank zu übermitteln. Der Geheimen Kabinettsrat: Delbrück.

Zur Lage.

Berlin, 5. November. Der heute veröffentlichte Aufruf der neuen Volksregierung, der noch einmal der Welt verkündet, was in beispiellos kurzer Zeit und ebenso beispiellos Ruhe in Deutschland sich geändert hat, enthält die feierliche Mahnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Selbstzucht und Ordnung, verbunden mit dem Ausdruck des Vertrauens in das deutsche Volk, das sich nicht durch Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen werde. Diese Mahnung erhält eine besondere Beleuchtung durch den glücklichen Zufall, der, wie bereits gemeldet, aufgedeckt hat, daß die bolschewistische Vertretung beim Deutschen Reich die Freiheit des diplomatischen Verkehrs zu niederträchtiger Agitation ausnützt, deren Ergebnis blutiger Umsturz, Menschenmord und Terror sein soll. Mit Empörung wird das deutsche Volk zur Kenntnis nehmen, was in dem Vorkriegsstaat unter den Händen zu seinem Unheil getrieben wird, und es wird einmütig sofortige, rücksichtslose, energische Schutzmaßnahmen gegen die Fortdauer dieses schädlichen, die diplomatische Freiheit mißbrauchenden Treibens verlangen. Jeder Tag lehrt es, daß die Erregung einer Zeit, die täglich aufregende Ereignisse bringt, die aufgewühlte Seelenstimmung von Millionen, die verhärtete Stimmung der Kritik und die Zuspitzung grundsätzlicher Gegensätze von den Drahtziehern der Weltrevolution nach Kräften ausgenutzt wird, um über ganz Europa den Umsturz aller Ordnung zu verbreiten. Was das deutsche Volk betrifft, in dem einzelne Gruppen von bolschewistischen Wirklern sich an die Phrasen des Bolschewismus berauschen und Urteilslose mitzureißen suchen, die sich nicht darüber klar sind, daß sie durch Unterstützung dieses Überwies nichts tun, als Krieg und Elend verlängern zu helfen, so kann man den Satz, in dem die neue Regierung ihr Vertrauen zum Volke ausdrückt, mit gutem Gewissen unterschreiben. Das deutsche Volk, das sich in dummer Ruhe und Uebererregung freibeiwillige Einrichtungen gegeben hat, die von keinem anderen Staat übertroffen werden, wird sich niemals mehr in größerem Umfang von Theorie und Phrasen beeinflussen lassen, deren Ueberlieferung in die Praxis Zerstückung und namenloses Unglück bedeuten würden. Der Bolschewismus mag einzelne Köpfe benehmen, er wird nie die Ruhe und Ordnungsliebe des deutschen Volkes erschüttern können. Freiheit und Friedensliebe haben ihre Heimstätte in Deutschland, ebenso wie soziale Gerechtigkeit. In einem solchen Lande kann keine Saat aufgehen, die dem Boden eines jahrhundertlang absolutistisch regierten Landes und einem hemmungslosen Völkerverfall entgegensteht. Wohl aber droht diese Gefahr denjenigen Völkern, deren Regierungen verblendet noch immer dem Frieden und der gerechten Neuordnung der Völkerbeziehungen den Weg versperren. In dieser Ueberzeugung kann man dem Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen mit der bestimmten Hoffnung entgegensehen, daß sie, falls sie ein Schlag ins Gesicht des freien, friedlichen deutschen Volkes und eine Verleugnung der Wilsonschen Grundtöne sind, in ihrer Rückwirkung auf Deutschland gewiß nicht den Wünschen auf Zerstückung Deutschlands entsprechen, wohl aber bei den feindseligen Völkern die Befürchtung wecken werden. Auch die von gewisser Seite in Deutschland gemachten Versuche, es so darzustellen, als stünde die neue Regierung im Grunde unter reaktionärem Einfluß, Versuche, die beim Bekanntwerden der Bedingungen gleichzeitig mit dem Protest gegen jede Ablehnung zu harter Bedingungen von Seiten dieser Kreise neu einsehen dürften, werden nicht die zersetzende Wirkung haben, die jene Leute in ihrer inneren Uebererregung mit dem Bolschewismus erhoffen. Denn in ihrer weit überwiegenden Mehrheit sind Parteien und Volk bei uns darin ganz einig, daß äußerster Friedensbereitschaft ihre Grenzen da finden muß, wo Nachgeben Unglück und Elend für alle bedeuten würde. (Klin. Ztg.)

Ausgleich für das Wilsonprogramm.

H Haag, 5. November. Nach der „Times“ sagte Asquith in Glasgow: „Wir hören viel von wirtschaftlichem Vorkauf. Die liberale Partei ist einig in der Ablehnung eines Auschlusses irgend Jemanden.“ Mit diesen Worten stellt Asquith sich auf den Boden des Wilsonprogramms. Es bleibt abzuwarten, ob diese Worte ernstlich sind und ob Asquith mit seiner Gruppe in der Lage ist, sich gegen die zahlreichen Anhänger einer Gewaltspolitik durchzusetzen.

Französische Raubzüge.

Bern, 5. November. Die französischen Blätter beschäftigen sich heute mit den Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland. Den Reigen eröffnen die Yvoner Blätter, die außer der Nennung des Rheinufers 50 Km. östlich des Rheins die Kontrolle über sämtliche deutsche Eisenbahnen und die Auslieferung der ganzen deutschen Kriegs- und Handelsflotte verlangen. Sie betonen mit Nachdruck, daß die Alliierten ihre Kriegsschadigung werden zu formulieren wissen. Für Frankreich allein sollen 150 Milliarden abfallen.

Genf, 5. November. Die französische Presse bespricht den deutschen Funkpruch, der den Kriegführenden vorschlägt, sich der Luftangriffe zu enthalten. Der „Matin“ äußert sich folgendermaßen: Es wird uns übel, wenn wir dieses Dokument lesen, das die Folgen des beunruhigten Feindes zeigt. Er wird nun für seine

Wissenshaft geächtet, für seine Beschuldigungen der offenen Städte und der friedlichen Städte Englands mit hunderten von Opfern an Frauen und Kindern. Verge, wo die siegreichen Alliierten zu ihnen kommen, zittern die Banden vor den Späßen ihrer Laten. Das deutsche Anerkennen wird zurückgewiesen und jeder neue Angriff mit hundertfachen Zinsen zurückgegeben.

Warnung vor Unmündigkeit.

Genf, 5. November. Percin schreibt im „Populaire“, daß Ludendorff den Waffenstillstand nicht aus Ueberstürzung gefordert habe, sondern in der bewußten Absicht, Zeit für eine möglichst aperlose Rückwärtskonzentration zu gewinnen. Jetzt, wo der Waffenstillstandsorschlag den Frieden unter wünschenswerten Bedingungen nabegerückt habe, dürfe man nicht durch maßlose Forderungen in Frage stellen, was der militärischen Lage keineswegs entsprechen würde. General Percin stellt fest, daß der Rückzug des Deutschen stark verlangsamt ist und daß sie in der Lage seien, ihn in bester Ordnung durchzuführen, sobald die Armeen der Entente im besten Falle nach 18 Monaten neuer Kämpfe bis an den Rhein gelangen könnten. Er schließt mit den Worten, man müsse hoffen, daß die Ententeeregierungen nicht auf die Lobfuchtigen hören, welche sie auffordern, den Fehler zu begehen, der darin besteht würde, das deutsche Volk wieder in die Arme des Militarismus zu werfen.

Abreise der russischen Botschaft.

Berlin, 5. November. Der Berliner diplomatische Vertreter der russischen Sowjetrepublik A. Joffe verläßt heute mit dem gesamten Personal der Botschaft Berlin. Da Deutschland keine diplomatische Vertretung in Russland mehr hat, so sind die Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik unterbrochen.

Ein neuer Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda.

Bona Berlin, 5. November. Gestern wurde amtlich mitgeteilt, daß der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter völkerrrechtswidriger Weise nach Berlin gebracht hat, welche die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Umsturz, Menschenmord und zum Terror auffordern und nähere Anweisungen hierzu geben. Heute liegt ein weiterer Fall dergleichen agitatorischen Treibens vor, der beweist, daß von amtlicher bolschewistischer Seite revolutionäre Propaganda auch unter unseren Truppen im Osten getrieben wird. Die offizielle Zeitung der russischen Sowjetregierung „Nowelija“ enthält in ihrer Nummer 227 unter der Ueberschrift „Der rote Soldat“ folgende vom 17. 10. datierte Nachricht aus Smolensk: Hier traf heute die erste Nummer der Zeitung „Der rote Soldat“, die vom Kriegesolutionsrat der deutschen Ostarmee herausgegeben wird, ein. Die Soldaten werden darin zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei anstelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert.

Wie in Berlin an zuständiger Stelle bekannt ist, wird die Zeitung „Der rote Soldat“ in Russland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt. Bei der Ostarmee besteht weder solche Zeitung noch ein Kriegesolutionsrat. Die Nachricht ist also eine für bolschewistische Zwecke angebrachte Unwahrheit, wenn auch anzunehmen ist, daß der gesunde Geist unserer Truppen im Osten diesem agitatorischen Treiben der Bolschewiki-Regierung energischen Widerstand entgegenzusetzen wird, daß die Truppenführer alle Schutzmaßnahmen getroffen haben, um diese bolschewistische Propaganda unschädlich zu machen, so muß im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung und unseres Heeres doch dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda als besonders dreist öffentlich gebrandmarkt werden.

Deutsch-Oesterreich.

Wien, 6. November. Die geistigen Wiener Zeitungen sind angefüllt mit Genfer und Haager Telegrammen, die alle darin übereinstimmen, daß die Entente Nahrungsmittel senden wird und daß sie das Verbleiben des Kaisers nicht nur zuläßt, sondern geradezu wünscht, um Deutsch-Oesterreich von dem Anschluß an Deutschland abzuhalten. In einem Genfer Telegramm heißt es: Fortgeleitet erheben sich in Frankreich Vorkämpfer, die gegen die Auflösung Oesterreichs und gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nachdrücklich Verwahrung einlegen. Der „Gaulois“ findet, falls sich Deutsch-Oesterreich an Deutschland anschließen würde, habe dieses den Krieg nicht verloren, sondern gewonnen, was die Entente unbedingt verhindern müsse. Es ist auch tatsächlich die Ueberzeugung in Deutsch-Oesterreich, daß das gesamte deutsche Volk als Sieger hervorgehen werde, wenn die furchtbaren vier Jahre der Prägungen endlich zu einer Einigung aller deutschen Stämme zur Freiheit auf bundesstaatlicher Grundlage führen würden.

Eine Rede des Wiener Fürstbischofs.

Bona Wien, 5. November. Nach den Blättern hat Fürst-Erzbischof Bissi in der Doeblinger Karmeliterkirche über die gegenwärtigen Verhältnisse gesprochen und gesagt: Die grundsätzliche Frage für die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung ist die, ob Republik oder Monarchie. Als Katholik treten wir in Deutsch-Oesterreich für den monarchistischen Gedanken ein, nicht als ob die katholische Kirche grundsätzlich keine andere Regierungsform zuzulassen, sondern weil wir zunächst keinen Grund haben, dem Kaiser die Treue zu brechen, der sich seit zwei Jahren Tag und Nacht für seine Völker mühte und opferte. Weil wir zweitens in der monarchistischen Regierungsform auf demokratischer Grundlage die sicherste Gewähr für eine ruhige und gedeihliche Entwicklung der österreichischen Völker, ganz besonders des deutschen Volkstammes, erblicken, weil wir glauben, daß in der Monarchie, in welcher dem Volke die ihm gebührende Macht befreit ist, seine Geschichte zu entscheiden, das Glück des Volkes besser geborgen ist, als in der Republik. Wollen unsere neugegründeten Nationalstaaten nicht zu voller Bedeutungsfähigkeit herabsinken, so werden sie sich früher oder später doch wieder zusammenzuschließen müssen.

Der Zusammenbruch an der Piawefront.

Wien, 6. November. Der Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ erzählt, daß die Piawefront zu halten gewesen wäre, wenn die Slawen und Magyaren halbwegs ihre Pflicht getan hätten. Die deutsch-österreichischen Truppen der ersten Kampflinie standen und schlugen sich mit größtem Heldennut und wurden entweder ganz aufgegeben oder von der Uebermacht gefangen. Elend war seit Monaten die Verpflegung der deutsch-österreichischen Truppen, während die Slawen und Magyaren in Ueberfluß schwammen.

Bona Wien, 5. November. Die Blätter melden aus Bosen: Die erste italienische Offizierspatrouille traf von Trient im Kraftwagen ein. In Meran herrscht ruhige und gedrückte Stimmung.

Bona München, 5. November. Sieben österreichische Flieger, die sich verlor hatten, sind in der Nähe Münchens noiselandet; da infolge des dunstigen Wetters die Höhenabzeichen nicht einwandfrei festgestellt werden konnten und eigene Flieger auf diesem Flugwege nicht gemeldet waren, mußte alarmiert werden.

Bona Petersburg, 5. November. „Krasnaja Gazeta“ berichtet aus Wladiwostok: Die ganze sibirische Eisenbahn befindet sich unter amerikanischer Verwaltung. In Wladiwostok trifft täglich neues Personal ein.

Bücherchau.

Wirtschaftsbuch für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe mittleren und kleineren Umfanges, mit den wichtigsten Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes und einem Anhang zur Berechnung der Umsatz- und Einkommensteuer. Verlag der Hofbuchdruckerei P. Plaum in Wiesbaden. Preis M. 2.50. In oben genanntem Verlag ist das von einem hervorragenden Steuerfachmann ausgearbeitete und in gemeinverständlichster Weise dargestellte Wirtschaftsbuch erschienen, das jedem Inhaber eines mittleren oder kleineren landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebes die in dem neuen Gesetz vorgesehenen Verpflichtungen mit Leichtigkeit erfüllen hilft. Das Buch ist für ein Kalenderjahr berechnet.

Der Schießplatz Randauch wird im Monat November 1918 wie folgt verteilt:
am 4., 13., 15. von 9 Uhr vorm. bis 11 Uhr vorm.,
am 2., 11., 23., 30. von 9 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags,
am 5., 6., 7., 8., 9., 12., 14., 16., 18., 19., 21., 22., 25., 26.,

27., 28., 29. von 9 Uhr vorm. bis zum Dunkelwerden,
am 4., 13., 15. von 1 Uhr nachm. bis zum Dunkelwerden.
Wald, den 30. Oktober 1918.
Hgl. Kommandantur der Festung Mainz.
H. B.
Botthoff.

Am 6., 12., 13., 14., 19., 21., 22., 27. und 29. November 1918 findet von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr im „Rabengrund“ Scharfschießen statt.

Es wird gesperrt: Sämtliches Gelände einschließlich der Wege und Straßen, das von folgender Grenze umgeben wird: Friedrich-König-Weg, Idsteinerstraße, Trompeterstraße, Weg hinter der Kettmauer (bis zum Kesselbachtal), Weg Kesselbachtal, Fischgraben zur Blatterstraße, Teufelsgrabenweg bis zur Leichtweishöhe.

Die vorgenannten Wege und Straßen mit Ausnahme der innerhalb des abgesperrten Geländes befindlichen, gehören nicht zum Gefahrenbereich und sind für den Verkehr freigegeben. Jagdschloß „Platte“ kann auf diesen Wegen gefahrlos erreicht werden. Vor dem Betreten des abgesperrten Geländes wird wegen der damit verbundenen Lebensgefahr gewarnt.

Das Betreten des Schießplatzes „Rabengrund“ an den Tagen, an denen nicht geschossen wird, wird wegen Schonung der Grasnutzung ebenfalls verboten.

Garnisonkommando Wiesbaden, den 31. Oktober 1918.
H. B.: Jung, Oberleutnant d. Res.

Stelle, Generalkommando

18. Armeekorps.

Abt. III b 22 816/5296.

Gouvernement der Festung Mainz.

Abt. Mil. Pol. Nr. 60 744/32 017.

Verordnung.

Betr. Verbot des Auslandsverkehrs von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlsbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

Periodische Druckschriften sind während der ersten zwei Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenzeitung oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Redaktion erscheinenden Veröffentlichungen, wie z. B. in Verbindung mit Anzeigen eingelangte sogenannte redaktionelle Notizen.

Ausgenommen sind:

1. Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich rechtlicher Korporationen Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten.
2. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emissionsprospekte handelsgerichtlich eingetragener Firmen.
3. Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckschrift erfolgt ist; diese Anzeigen aber nur, wenn sich auf der betreffenden Seite überhaupt keine ausnahmsweise Anzeigen (vergl. auch 1 und 2) befinden und dies durch ein eingedrucktes Zeichen in der rechten oberen Ecke der betreffenden Seite kenntlich gemacht ist.

Um die Innehaltung der 14-tägigen Frist zwischen Anzeigenannahme und Ausgabe kontrollieren zu können, ist von den in Betracht kommenden Anzeigen eine Abschrift der zuständigen örtlichen Fernstelle vorzulegen und rechnet die 14-tägige Frist erst von dem Tage dieser Vorlegung an.

Periodische Druckschriften, bei denen es bei allen ihren Anzeigen gewährleistet ist, daß zwischen Annahme und Veröffentlichung der Anzeigen eine Frist von mindestens 14 Tagen liegt, können durch den zuständigen Militärbefehlshaber von der Verpflichtung zur Einreichung der einzelnen Anzeigen befreit werden. Alle zum unverzüglichen Auslandsversand zugelassenen Ausgaben sind auf der vordersten Seite oder dem Umschlag durch ein oben rechts in der Ecke eingedrucktes Zeichen kenntlich zu machen. Unberührt bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Oesterreich-Ungarn.

Zu widerhandlungen hiergegen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Frankfurt a. M., Mainz, den 17. Oktober 1918.

Stelle, Generalkommando 18. Armeekorps.
Gouvernement der Festung Mainz.

Präm. Gold. Medaille



Paul Rehm,
Zahn-Praxis

Wiesbaden, Friedrichstr. 50, I.

Zahnschmerzbesichtigung, Zahnziehen, Nervlöten
Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahn-
ersatz in div. Ausführungen u. a. m.

Sprechst.: 9—6 Uhr. Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit handels- und Schiffs-Nachrichten
und Kupferdruck-Beilage
Rundschau im Bild

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20

Probenummer kosten- und portofrei

Weit über 150 000 Abonnenten

Trauerkränze

In seiner Ausführung und jedem Preis, sowie künstliche Blumen-
arbeiten fertigt geschmackvoll an

Blumengeschäft Louis Gotta,
Wiesbaden, Bahnhofstr. 6. Fernruf 6376